

„Furchtbar, nicht hinnehmbar“

Delmenhorster Stimmen zu den Übergriffen auf Frauen am Silvesterabend in Köln

Die massiven Übergriffe auf Frauen in Köln während der Silvesternacht haben bundesweit Bestürzung hervorgerufen. Auch in Delmenhorst ist die Empörung groß. Ein Stimmungsbild.

VON KATJA BUTSCHBACH
UND FREDERIK GRABBE

DELMENHORST/KÖLN. Nach den Vorfällen in Köln in der Silvesternacht fordern hiesige Abgeordnete und die Delmenhorster Gleichstellungsbeauftragte, Recht und Gesetz durchzusetzen: Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Delmenhorst, Petra Borrmann, sagte: „Ich bin empört über die abgesprochene und koordinierte Gewalt gegen Frauen.“ Jede Frau habe das Recht auf körperliche Unversehrtheit, so Borrmann, die auch eine von zehn Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros ist. „Dieses Grundrecht ist durch die sexuellen Übergriffe verletzt worden. Genau so wie jenes, sich frei in der Öffentlichkeit bewegen zu dürfen.“ Insbesondere verurteilt Borrmann die Äußerung der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker, zu Fremden eine Arm-länge Abstand zu halten. „Dies sorgt nur dafür, dass Opfern die Schuld zugewiesen wird nach dem Motto: ‚Vielleicht war der Rock einfach zu kurz.‘ Aber die Opfer sind nicht schuld an den Übergriffen. Die Täter sind

es.“ Borrmann forderte, geltende Gesetze im Rechtsstaat Deutschland auch durchzusetzen. „Die Polizei kann bei großen Menschenmassen nicht einfach sagen, sie sei überfordert.“ Neue Sicherheitskonzepte müssten her, um die offenbar geplanten Übergriffe in mehreren deutschen Städten zu verhindern. Recht und Gesetz müssten auch in sozialen Netzwerken gelten, wo sich Täter möglicherweise verabredeten.

CDU-Landtagsabgeordnete Annette Schwarz erklärte, dass es neben der Willkommenskultur in Deutschland auch Recht und Ordnung geben müsse. „Es sind Leute, die nicht begriffen haben, wie wir in Deutschland zusammenleben“ oder dies ignorierten, sagte sie über die Täter. Die Integrationsarbeit müsse „ein Stück weit professionalisiert“ werden. Sie betonte, dass es sich um Personen mit Migrationshintergrund handeln solle. Zur Situation in Delmenhorst sagte sie: „Eine Gefährdungslage beobachte ich hier nicht.“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag sieht die Situation vor Ort auch eher unproblematisch: Sie erinnert an das vor einigen Jahren umgesetzte Konzept für den Delmenhorster Bahnhof: Unter anderem Videoüberwachung und Nachtschichten der Polizei halfen, den Bahnhof sicherer zu machen; Täter könnten nicht in der Anonymität verschwinden. Als frühere Polizistin habe sie selbst Nachtschichten geschoben. In



SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag sieht den Delmenhorster Bahnhof als sicher an.
FOTO: THOMAS BREUER



Mit einer Äußerung hielt sich Polizeichef Jörn Stilke zurück. Nur zu oft werde mit rudimentärem Wissen geurteilt.
FOTO: ANDREAS NISTLER



Um die „furchtbare“ Diskussionskultur im Netz sorgt sich die Bürgermeisterin Antje Beilemann.
FOTO: MARCO JULIUS

sammenleben der Kulturen geschadet. Damit bezog sich Beilemann auf die „furchtbare Diskussionskultur“ zu den Übergriffen im Netz. So erhalte rechtes Gedankengut neuen Nährboden. Eine Gefahr sehe sie darin, dass die Übergriffe, hinter denen Männer mit nordafrikanischem Hintergrund vermutet werden, mit der „Willkommenskultur“ vermengt werden. „Dies würde viel Integrationsarbeit zunichtemachen.“ Ebenfalls warnte sie davor, vor Ort aufgrund der Übergriffe Ängste in Bezug auf Flüchtlinge zu streuen. „Integrationsbemühungen sind jetzt umso wichtiger, um solche Übergriffe künftig zu verhindern.“

Jörn Stilke, Leiter der örtlichen Polizeiinspektion, wollte sich zu den Übergriffen nicht äußern. „Noch gibt es wenige Informationen. Erst sind die Ermittlungsergebnisse abzuwarten. Nur zu oft wird mit rudimentärem Wissen ein Urteil gefällt.“ In Bezug auf Kriminalität durch Zugewanderte sagte Stilke, dass die Polizei wegen der Vorfälle in Bremen und Hamburg durch unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge „sensibilisiert“ sei. Besondere Vorfälle durch diese Gruppe in Delmenhorst und im Landkreis seien ihm nicht bekannt. In puncto Verhinderung von Straftaten sagte Stilke: „Die beste Prävention ist Integration.“ Gleichwohl sei dies derzeit schwer: Durch die Flüchtlingsbewegungen gebe es große Fluktuationen in den Städten und Kommunen. „Erst wenn der Flüchtlingszuzug abebbt, kann die eigentliche Integrationsarbeit beginnen.“

”

Die Polizei kann nicht einfach sagen, sie sei überfordert.

PETRA BORRMANN
GLEICHSTELLUNGSBE-
AUFTRAGTE



CDU-Landtagsabgeordnete Annette Schwarz meint, dass die Integrationsarbeit professionalisiert werden muss.
FOTO: THOMAS BREUER



„Jede Frau hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit“, sagt Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann.
FOTO: P. BORRMANN



CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen meint: „Alle Täter gehören ermittelt und bestraft.“
FOTO: ANDREAS NISTLER

Delmenhorst sei auch mit Platzverweisen gearbeitet worden. Das alles sei personal- und kostenintensiv. „Das Ergebnis war gut, das schlechte Image war weg.“ Genauso wichtig wie die Prävention sei, dass die Polizei ermitteln könne – damit spielte die Politikerin auch auf die Personalstärke an – und dass die Täter eingesperrt werden.

CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen

sagte: „Ein frauenfeindliches Verhalten und Gewalt dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft finden.“ Dabei sei es aus ihrer Sicht „nicht entscheidend, wer die Gewalt ausübt und aus welchem Grund. Wenn es Männer unter den Asylsuchenden gibt, die mit einem anderen Rollenverständnis groß geworden sind, ist meine Aussage klar: Wer hier leben will, hat sich von solchen Vorstellungen zu verabschieden, oder

er kann hier nicht bleiben. Zudem müssen wir als Staat gemeinsam mit der Polizei dieser Gewalt entschieden entgegenzutreten: Alle Täter gehören ermittelt und bestraft.“

„Furchtbar, nicht hinnehmbar“, nannte Bürgermeisterin Antje Beilemann die Kölner Übergriffe. „Egal welcher Herkunft die Täter sind, sie sind zu Verantwortung zu ziehen.“ Die Taten hätten dem friedlichen Zu-